

# Der Gesellschafter

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold**  
**Nagolder Tagblatt**

erschint an jedem Werk-  
tag. Bestellungen nehmen  
sämtliche Postämter und  
Postboten entgegen.  
Anzeigen finden weite  
Verbreitung und sind da-  
her von bestem Erfolge.  
Preis vierteljährlich hier  
mit Teilerfolg M. 3.00,  
im Bezugs- und 10-Kilo-  
meter-Bezirk M. 3.00,  
im übrigen Württemberg  
M. 3.75.  
Monats-Abonnements  
nach Verhältnis.

Gründet 1826

Preis pro Nummer 20

Anzeigen-Beilage für die  
einmalige Zeile aus ge-  
wöhnlicher Schrift oder  
breiter Raum bei einma-  
liger Einrückung 20 Pf.  
bei mehrmaliger, Rabat  
nach Tarif. Bei gerich-  
teter Verbreitung u. Kontrak-  
ten der Rabat höher.

Verbreitete Zeitung  
im Oberamtsbezirk  
Telegraphische Anzei-  
genblätter Nagold  
Postfachamt  
Stuttgart 5111

Nr. 288

Donnerstag den 11. Dezember 1919

93. Jahrgang

## Die Antwort der Entente.

Keine Nachgiebigkeit.

WTB Paris, 9. Dez. (Havas.) Der Text der beiden  
Noten, der am Samstag vom Obersten Räte gutgeheißen  
wurde, wurde am Montag an Versner übergeben und ist  
folgender:

### Schwimmbuch und Zusatzprotokoll.

Der Präsident des Obersten Rates nahm Kenntnis von  
der Mitteilung, die Sie am 1. Dezember namens der deut-  
schen Regierung übermittelten. Die Noten vom 1. und 22.  
November haben die Verantwortung der deutschen Regierung  
auf der Verhängung der Ratifikation des Friedensvertrages  
festgestellt. Die Schlussfolgerungen derselben werden  
aufrechterhalten. Die Bemerkung über das ange-  
legte Recht Deutschlands, als Kompensation für die Abwesen-  
heit der amerikanischen Delegation in den Kommissionen bis  
zur Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Vereinigten  
Staaten an den Bestimmungen über die Auslieferung der  
Schuldigen und die Rückkehr der Kriegsgefangenen Abände-  
rungen verlangen zu dürfen, ist unbegründet. Nach den  
endgültigen Bestimmungen des Vertrages tritt derselbe in  
Kraft von dem Augenblicke an, da er von Deutschland und  
von den hauptsächlichsten der a. und a. Mächte ratifiziert ist.  
Deutschland verfuhr vergeblich, diese Inkraftsetzung von der  
neuen Voraussetzung der Annahme amerikanischer Dele-  
gation in den Kommissionen abhängig zu machen. Es ist  
ungenau, daß der deutsche Standpunkt in dieser Angelegenheit  
am 14. Oktober angenommen worden sei. Es ist gleichfalls  
ungenau, daß a. Entente und a. Versner am 20. November zu  
unwürdigen oder schriftlichen Verhandlungen über das Proto-  
koll eingeladen wurden. Es wurde ihnen einfach gesagt, daß  
nach der schriftlichen Note die deutsche Regierung schriftlich auf die  
Bedingungen antworten müsse, die darin formuliert waren.

Der Oberste Rat ist der Ansicht, daß der Artikel 221 des  
Friedensvertrages vollständig für ist und daß er nicht ergänzt  
werden muß. Frankreich erklärte mehrmals, daß es die Ge-  
setze zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung des  
Friedensvertrages ratifizieren werde. Es hat  
keinen Grund, dies neuerdings zu wiederholen. Der Oberste  
Rat äußert sich nur zu den Bemerkungen auf die Kompen-  
sationsforderung für die Zerstörung der deut-  
schen Flotte in Scapa Flow und die Ankündigung  
eventueller militärischer Zwangsmaßnahmen, die  
in der Note der Alliierten vom 1. November gemacht worden  
ist. Die beigefügte Separatnote ist die Antwort auf die deutsche  
Note vom 24. Nov. in der Angelegenheit von Scapa Flow.  
Bevor die a. und a. Mächte ihr Verlangen stellten, prüften  
sie die Frage. Sie teilen die Befürchtungen der  
deutschen Regierung wegen der wirtschaftlichen Fol-  
gen nicht, die für die deutschen Häfen entstehen  
könnten. Sie halten das Protokoll so wie es aufgesetzt  
wurde, für richtig. Nachdem die a. und a. Mächte die  
Schwimmbuch, die schwimmenden Artillerie, die Schlepper  
und die Bagger, die im Protokoll verlangt werden, erhalten  
haben, werden sie ihre Auswahl treffen, wobei der allge-  
meinen wirtschaftlichen Lage der deutschen Häfen Rechnung  
getragen werden soll. Wenn dann die deutsche Regierung  
beweisen zu können glaubt, daß eines der genannten Begehren  
geeignet ist, Deutschland die Befriedigung der berechtigten  
Bedürfnisse betr. die Aufrechterhaltung der Fischerei und  
anderer wirtschaftlichen Lebensinteressen der gleichen Art zu  
verwirklichen, so kann die deutsche Regierung den a. Grob-  
mächtigen Forderungen stellen. Diese Mächte sind bereit,  
solche Begehren in gerechter Weise nach Anhörung der We-  
bergutmadungskommission zu prüfen.

Was die Unterzeichnung des Protokolls vom  
1. Nov. betrifft, so ist der Oberste Rat der Meinung, daß  
die Unterzeichnung des genannten Protokolls und die Nieder-  
legung der Ratifikationsurkunde die Inkraftsetzung des  
Friedensvertrages und damit den Eintritt des Friede-  
nstandes herbeiführen. Von da an werden die Durch-  
führung der Bestimmungen des Protokolls, die Bedingungen  
für die Inkraftsetzung des Friedensvertrages und die allge-  
meinen Bestimmungen dieses Vertrages von den im Ver-  
trag anerkannten Nationen garantiert. Bis zur Inkraftsetzung  
des Friedensvertrages rufen wir Deutschland zum  
letzten mal in Erinnerung, daß die Kündigung des  
Waffenstillstands genügt, um den all. Armeen jede  
Verpflichtung zu erleiden, diejenigen militärischen Maß-  
nahmen durchzuführen, die als nötig erachtet werden. In  
diesem Sinne erwarten wir die unverzügliche Unter-  
zeichnung des Protokolls u. die Niederlegung der Rati-  
fikationsurkunde. Genehmigen Sie u. l. a. Genl. Clemenceau.

### Die Frage von Scapa Flow.

WTB Paris, 9. Dez. Die zweite Note Clemenceaus  
lautet:

Am 27. November haben Sie mir ein Schreiben zugehen  
lassen, in dem die deutsche Regierung sich weigert, den von  
den a. und a. Mächten durch Note vom 1. Nov. aufgestellten  
Forderungen Genüge zu leisten, die sich auf Zerstörung der  
deutschen Flotte in Scapa Flow am 22. Juni 1919 bezogen,  
und vorschlägt, die Frage dem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die deutsche Regierung, der die Ansicht der alliierten und  
assoziierten Mächte am 28. Juni 1919 mitgeteilt wurde, die  
zweimal — am 28. Juni und später am 3. Sept. 1919 —  
Gegenstand von Mitteilungen war, gibt heute vor, daß die  
Zerstörung in nichts eine Verletzung der Verpflichtungen  
Deutschlands darstelle, da die Kriegsschiffe im Augenblick  
ihrer Zerstörung dazu bestimmt waren, den a. und a. Mäch-  
ten ausgeliefert zu werden, daß die Zerstörung vielmehr den  
Alliierten selbst zur Last falle, da sie — im Widerspruch zu  
Art. 23 des Waffenstillstandsvertrages — diese Kriegsschiffe  
nicht in einem neutralen, sondern in einem feindlichen Hafen  
interniert hätten. Die a. und a. Mächte können in der  
deutschen Denkschrift nichts anderes als einen schwer zu er-  
klärenden Versuch erblicken, freiwillig die Inkraftsetzung des  
Vertrages und die endgültige Wiederherstellung des Friedens-  
zustandes zu verzögern. Auf die Note vom 3. Sept. 1919,  
die nach Kenntnisnahme der authentischen Erklärungen des  
kommandierenden Admirals der zerstörten Flotte an die  
deutsche Regierung gerichtet war, hat die deutsche Regierung  
— weit davon entfernt, die Verpflichtungen zu erkennen, die  
Ihr aus dieser Angelegenheit gegenüber den Alliierten er-  
wachsen — im Gegenteil geltend gemacht, daß der Admiral  
keineswegs die Absicht hatte, die Verpflichtungen zu verletzen,  
die die deutsche Regierung in Bezug auf diese Maßnahme  
hatte. Die deutsche Regierung anerkennt selbst, daß der  
Kommandant bei der Zerstörung der deutschen Flotte gemäß  
den allgemein geltenden Bestimmungen gehandelt habe. Sie  
sagt bei, daß es dem Admiral nicht unbekannt war, daß die  
deutschen Vorgesetzten selbst hinsichtlich der Friedensbedingungen  
die Inkraftsetzung der Flotte auf das Konto der Wieder-  
genmaßnahmen vorzählen. Schrieb der Chef der deutschen  
Admiralität nicht geheim an General v. Reuter in Scapa  
Flow unter dem 5. Mai 1919: „Welche Wendung das Los  
der Schiffe unter dem Druck der politischen Ereignisse nehmen  
müßte, es wird nicht ohne uns entschieden werden. Es wird  
durch uns selbst vollzogen und eine Auslieferung an den  
Feind bleibt ausgeschlossen.“ Es ist dies genau die nach  
den Weisungen der deutschen Regierung erfolgte Zerstörung  
dessen, was Deutschland im Gegenteil an die a. und a.  
Mächte ausliefern sollte, welche Zerstörung — welche auch  
im übrigen die verbindliche Verantwortlichkeit des Admirals  
v. Reuter sei — eine Verletzung des Waffenstillstands und  
gleichzeitig eine Handlung darstellt, die darauf abzielt, bereits  
eingegangene und vor der endgültigen Unterzeichnung befind-  
liche Verpflichtungen unzulässig zu verletzen.

Schließlich ist es kaum nötig, daran zu erinnern, daß  
die Rede von Scapa Flow an Stelle eines eigentlichen neu-  
tralen Hafens in jeder Hinsicht dem Buchstaben und dem  
Geiste des Art. 23 des Waffenstillstandsvertrages entspricht.  
Unter diesen Umständen sind die a. und a. Mächte der An-  
sicht, daß die deutsche Regierung heute nicht die ihr zufallende  
Verantwortung verweigern oder verjagen sollte, die Lösung  
von Kriegsereignissen, deren Regelung nur den genannten  
Mächten zustand, im Schiedsgericht zu finden. Die a. und  
a. Mächte laden demzufolge die deutsche Regierung ein, ge-  
mäß der Note vom 1. November ohne Verzug das Protokoll  
zu unterzeichnen, das die Regelung des Austausches und  
der Ratifikationen zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages  
gestaltet, um so die Rückkehr des normalen Lebens und die  
Milderung der Leiden der Völker zu sichern.

### Veröffentlichung der deutschen Akten über den Kriegsandrang.

Berlin, 9. Dez. Die deutsche Regierung veröffentlicht  
jetzt die gesamten deutschen Akten des Auswärtigen Amtes  
über den Kriegsandrang. Nachdem Dr. Karl Rautsch in  
den Frühstunden der Revolution die Sichtung und Zusammen-  
stellung der Dokumente begonnen und mit mehreren Mit-  
arbeitern im Laufe einiger Monate vollendet hatte, wurde  
die Vorbereitung für den Druck in Zusammenarbeit mit Graf  
Max Montgelas und Professor Walther Schücking zu Ende  
geführt. Die Publikation unterscheidet sich von den bishe-  
rigen Jahrbüchern aller Nationen durch ihren Umfang sowie  
vor allem durch den Geist, aus dem sie entstanden ist. Sie  
ist nicht eine Rechtfertigung der eigenen Regierung um  
jeden Preis erzielende Ausmaß, wie die meisten Jahrbücher,  
sondern eine umfassende Herausgabe aller Aktenstücke, welche  
für die letzte Wale der Vorgesichte des Krieges von Be-  
deutung sind, mit dem einzigen Zweck, der Wahrheit zu  
dienen. Jedes Dokument darin ist vollständig gedruckt wor-  
den ohne Auslassung, Zusatz oder Veränderung. Zum ersten  
Male sind in einer offiziellen Aktenveröffentlichung nicht nur  
die endgültigen Fassungen gegeben, sondern auch die Ent-  
würfe und alle Bemerkungen und Notizen darauf, selbst wenn  
sie nichts weiter sind als der Ausdruck von Augenblicksbe-  
denken und ohne Einfluß auf den Gang der Entwicklung.  
Von einem Kommentar ist vollständig abgesehen. Die Ver-  
öffentlichung ist der schärfste Ausdruck des guten und reinen  
Willens des verantwortlichen neuen Deutschlands, das seinen  
Anteil an der Verantwortung am Kriege nicht verschleiern  
will, aber auch immer wieder seine Stimme erheben muß  
gegen die Begründung des Versailles Friedens, Deutschland  
sei der allein Schuldige. Die Aktenurkunden sind nicht in  
den letzten Monaten vor dem Ausbruch des Krieges ent-  
standen. Die Regierung wird daher auch alle wichtigen in

ihrem Besitz befindlichen Beweisstücke aus der Vorgeschichte  
des Krieges veröffentlichen. Aber trotz aller Bemühungen ist  
durch deutsche Publikation allein die volle Erkenntnis nicht  
erreichbar. Sie kann erst gewonnen werden, wenn auch die  
Archive der anderen Länder sich geöffnet haben. Erst dann  
wird die völlige Erkenntnis möglich sein. Nur der tatkräftige  
Zusammenschluß der Gutwilligen und Aufrichtigen in allen  
Ländern kann die Weltordnung der Zukunft auf Wahrheit  
und Gerechtigkeit gründen.

## Sturmjahren.

### Deutsche Nationalversammlung.

\* Das Wetterglas in der Dienstagssitzung der National-  
versammlung, in der das Reichstagsprotokoll zur 2. Beratung  
stand, wies auf Sturm. Der deutsch-nationale Abgeordnete  
Hugenberg bezeichnete das Protokoll als unerhörten Ver-  
stoß und behauptete, daß Erzbergers Politik zur Preisgabe  
des Ruhrgebietes führe. Darob entstand ein ungeheurer  
Lärm, sodaß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Auch  
nach der Wiederaufnahme der Sitzung plätierten die Meinungen  
wider aufeinander in einer Weise, wie wir sie bisher nur  
aus Ungarn und Italien kennen gelernt hatten. Es fehlte  
gerade noch die Rauferei, um die Szene vollständig zu ma-  
chen. Das Bild, das sich dem deutschen Volke damit dar-  
bietet, ist wahrhaftig nicht erbaulich, umsonter als zur  
Stunde dieser Sturmjahren das Damoklesschwert der Entente  
erneut über uns droht.

Berlin, 9. Dezember. Präsident Fehrenbach eröffnete die  
Sitzung um 1.35 Uhr nachmittags und teilte mit, daß infolge  
der heute eingegangenen Entente-noten der Außenminister  
auf diese eingeden werden, nach einer Sitzung des Kabinetts,  
die noch nicht stattgefunden hat. Demgemäß schlägt er vor,  
die Kundgebung der Nationalversammlung gegen die Zursich-  
haltung der deutschen Kriegsgefangenen von der Tagesor-  
nung abzusetzen. Das Haus ist einverstanden.

Die nächste Sitzung eröffnet Präsident Fehrenbach um  
2 Uhr nachmittags. Beantwortung von Anfragen.

Die Ausdehnung der Erhebung der Zölle in Gold auf  
sogenannte Viebespakete aus dem Ausland wird nicht aufrecht  
erhalten. Diese Pakete sind abgabefrei mit gewissen gerin-  
gen Ausnahmen.

Eine Verdoppelung des Grundlohnes für die Bemannung  
der baren Leistungen der Krankenkassen und die Abänderung  
der Grenze für das Erwidern der Versicherungsbeiträge (bei  
Uebererschreitung eines Betrages von 5000 Mark) wird zur  
Zeit erwoogen.

Die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über das Reichs-  
notopfer wird fortgesetzt.

Zu § 1 liegt ein Antrag Kießer vor, den Entwurf an  
den 10. Aufsicht zur Umarbeitung zurückzuweisen. Zu  
diesem Antrag wird namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Dr. Kießer (DVP) begründet seinen Antrag:  
Wir produzieren monatlich 1 1/2 Milliarden Papiergeld.  
Wirkliche Reformen sind nur das Landessteuergesetz und die  
Reichsabgabenordnung. Alles andere ist in größter Hast  
zusammengestellt. Das Notopfer und die Reichseinkommen-  
steuer müssen auf mehrere Generationen in ihre Wirkung  
verteilt werden, und zwar muß die jetzige Generation am  
geringsten belastet werden. Das Notopfergesetz hätte in  
seinem Tarif das Einkommensteuergesetz berücksichtigen müssen.  
Eine Zurückweisung an den Ausschuss wird auch erforderlich  
durch gewisse außerpolitische Gründe die ich hiermit erörtern  
möchte.

Abg. Dr. Hugenberg (DN): Der Umfang der Gegen-  
schaft gegen das Gesetz wächst ständig. Für den Antrag  
Kießer werden wir stimmen. Zu § 1 haben wir den An-  
trag Arnstadt eingebracht, wonach die Abgabe zu einem  
Drittel in der Form einer ehemaligen Vermögenssteuer und  
zu zwei Dritteln in der Form der Uebernahme einer neu-  
ausgehenden Steueranleihe entrichtet werden soll, die bei  
einer 6% Verzinsung mit einer abwärts gestaffelten Zins-  
scheinsteuer belastet würde. Bei dem Notopfer steht die Er-  
propriierung (Enteignung) des Mittelstandes in sicherer Aus-  
sicht. Die von uns vorgeschlagene Zwangsanleihe war im  
wesentlichen eine Konvertierung früherer Schuldverschrei-  
bungen. Das bisherige Verhalten der angelächelnden Masse  
bürgt nicht dafür, daß sie uns Zeit lassen wird, uns zu er-  
holen; aus wohlverstandenen eigenen Interessen. Der  
Feind wird zugreifen, wenn Sie (zu Erzberger) es  
ihm so bequem machen. (Sehr richtig rechts, Lärm links).  
Das Notopfer ist ein unerhörter Ver-  
stoß. Wenn Sie (zu Erzberger) das deutsche Volk  
in die Sklaverei führen lassen wollen, dann  
lassen Sie doch lieber gleich das Ruhrgebiet  
besetzen. (Stürmischer Lärm bei der Rede). Note:  
Schluß, Amp. Note des Präsidenten. Redner verläßt  
weiter zu sprechen, wird aber durch andauernden Lärm  
daran gehindert.)

Vizepräsident Hausmann. (Nachdem er sich endlich Ruhe  
verschafft hat): Ich bitte, den Redner nicht am Sprechen zu  
verhindern. Ich bitte, zu beachten, was Sie dem Hause u.  
dem Weitergang der Verhandlung schuldig sind. Ich bitte  
den Redner fortzufahren.



Hg. Eugenberg versucht, mit sehr starker Stimme weiter zu sprechen. (Neuer tosender Lärm bei der Mehrheit, besonders bei den Sozialdemokraten; Schlußruf: Ruhe rechts: Redefreiheit!)

Vizepräsident Haushmann unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Im Hause verbleiben erregte, lebhaft debattierende Gruppen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde nach 5 Uhr wieder aufgenommen. Vizepräsident Haushmann: Die Wendung des Redners, die Unterbrechung hervorgerufen hat, konnte die Gefühle des Hauses verletzen. Ich spreche darüber mein Bedauern aus. Ich bitte aber auch, die Redefreiheit zu respektieren.

Hg. Eugenberg (D.N.) Das Rotopfer ist ein Sozialistischer Sozialisierungsplan; wird nur eine Form des Kapitalismus hervorgerufen, wie sie abstoßender nicht existiert.

Minister Erzberger: Der Redner hat den funderbaren Mut gehabt, von der Tribüne des Hauses aus in wohl vorbereiteten Redewendungen Unrecht auszurufen. Namens der Regierung muß ich diese Unterstellung auf das Schärfste zurückweisen. Wir stehen mit dem Feinde in schweren Unterhandlungen. Die neuen Noten drohen mit neuen Besetzungen und in diesem Augenblick bringt es ein Mitglied, der Deutsch-Nationalen Volkspartei fertig, mit dem Gedanken einer Preisgabe weiteren deutschen Landes zu spielen. (Andauernde Pfuirufe bei der Mehrheit.) Wenn ein anderes Mitglied des Hauses so etwas gesagt hätte, hätte ich die Entrüstung der Rechte gegen einen solchen Landesverräter sehen mögen. (Stürmischer Lärm rechts.)

Minister Erzberger: Ich unterstelle dem Redner nicht Landesverrat, ich stelle nur die objektiven Bedingungen seiner Äußerungen fest. (Präsident Fehrenbach bittet energisch um Ruhe.) Es ist eine Verleumdung der Regierung, wir hätten eine korrupte Verwaltung. Unsere schwebende Schuld wird verringert werden, durch ein Abkommen mit Belgien über Regelung des in Belgien befindlichen deutschen Papiergeldes in Höhe von 6 Milliarden Mark (Beifall).

Ich freue mich, daß so eine Verleumdung mit Belgien (N) angebahnt wird. Wir haben den Besitz zu 75% zur Aufbringung der Steuern herangezogen. Der Rest von 25% soll von den schwächeren Schichten getragen werden. Was tügen wir denn in einer Generation? In 30 Jahren werden wir 20% getilgt haben. Von der Schuld aber überlassen wir 80% künftigen Generationen. (Sehr richtig bei der Mehrheit.) Es liegt kein Grund vor, die Vorlagen an die Kommission zurückzuerweisen; denn die vorliegenden Anträge sind in der Kommission bereits abgelehnt worden. Die Vorlage sagt kein Wort davon, daß das Rotopfer in einem Jahre bezahlt werden soll. Jeder hat 30 Jahre Zeit dazu; Der Landwirt sogar 50. Seine Schuld steht zu Buch; aber er behält das Geld noch im Betriebe. Eine Zwangsanleihe wäre nur denkbar, als Ergänzung der Kriegsanleihe. Die Zwangsanleihe nach dem Antrage Frensdats entbehrt jeder Möglichkeit, wie die Vorlage, auf die Verhältnisse des Einzelnen Rücksicht zu nehmen. Nehmen Sie die Vorlage in der gegenwärtigen Form bald an; denn ohne sie wäre an eine Verabschiedung der Umsatzsteuer nicht zu denken; (Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident Fehrenbach ruft den Redner zur Ordnung.

Hg. Eugenberg: Ich vermahne mich dagegen, daß ich gesagt haben sollte, ich wünschte eine Befestigung des Ruhrgebietes. Ich habe nur gesagt, die Politik Erzbergers würde dahin führen und dann möge er es lieber gleich tun. Ich habe Herrn Erzberger schon lange für einen Volksverräter gehalten (Lärm). Präsident Fehrenbach ruft den Redner zur Ordnung.

Hg. Stresemann (D.N.) bemerkt persönlich: Ich habe damals den Gedanken einer Reichsvermögensabgabe empfohlen. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß 6 1/2 Uhr.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Heimkehr aus Japan.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Japan erfolgt mit 4 Dampfern, von denen 3 Ende

## Der Triumph des Lebens.

Roman von Pola Stein.

(Nachdruck verboten.)

„Aber mich soll das Leben nicht unerkriegen“, sagte der Jüngling.

„Das soll es auch nicht! Aber es ist ja nicht nur das Leben mit seinem Fleiß und seinen Nöten, das so viele Menschen an die Abfälle überneht. Eben's oft, vielleicht hier noch, sind es Leidenschaften, ungebändigte Gefühle mancherlei Art, die den Menschen zum Unglück werden.“ Er brach ab und sah sinnend vor sich hin.

Walter meinte: „Ja, du siehst und hörst in deinem Veru mehr als wir andere. Erzähle uns doch ein wenig von dem Prozeß, um den du hier bist.“

Der Anwalt sah Irene fragend an. Aber auch in ihren Augen lag er dieselbe Bitte. Da sagte er: „Ich kann euch auch kaum anderes sagen, als ihr in den Zeitungen darüber gelesen habt.“

„Ich mag verstehen, ich weiß nichts davon“, entgegnete das junge Mädchen. „Ich komme kaum dazu, das Wichtigste in den Zeitungen zu lesen. Und habe im Verhältnis für mich, so lese ich lieber ein gutes Buch. Also wenn du mich, so erzähle mir alles, was davon zu sagen ist. Der Prozeß wird nun natürlich interessiert für mich, da ich dich kennen gelernt habe und du der Verteilung der Angeklagten bist.“

Der Anwalt sah einige Augenblicke sinnend vor sich hin, dann begann er zu sprechen:

„Das ist hier so ein Fall, wo man nicht weiß, in es eine Verletzung unglücklicher Umstände, ist es ein Verbrechen? Und wer hat es begangen?“

„Ich kenne die angeklagte Frau Scharf von früher, als sie in ihrer Ehe in Berlin verstorben war. Ich verlebte gesellschaftlich ein wenig in ihrem Hause, es ist schon recht lange her. In den letzten Jahren, seit meine Frau so lebend ist, haben wir uns von allen gesellschaftlichen Verbindungen zurückgezogen. Ich hätte dann nur, das Herr Brauer, der erste Mann der Frau Scharf, recht

Dezember direkt durch den Indischen Ozean nach Deutschland fahren, während der 4. Mitte Januar über Singapur und China nach Deutschland geht. Mit den 4 Dampfern sollen alle in Japan weilenden deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat befördert werden. Der im Januar abgehende letzte Transport wird gleichzeitig die Familien der Kriegsgefangenen heimzuführen.

### Die Entwicklung der Kohlenförderung und Belegschaftsziffer im Ruhrbergbau seit der Revolution.

Die endgültigen Förderziffern für den Monat Oktober 1919 liegen nunmehr vor. Die Entwicklung der Förderziffer und Belegschaftsziffer ergibt sich aus folgender Aufstellung:

|              | Gesamtförderung | Förderung arbeitsfähig |
|--------------|-----------------|------------------------|
| 1918 Oktober | 445 000         | 313 236 Tonnen         |
| November     | 395 042         | 260 650                |
| Dezember     | 405 465         | 249 544                |
| 1919 März    | 418 649         | 242 292                |
| Mai          | 413 087         | 233 075                |
| September    | 434 014         | 253 085                |
| Oktober      | 452 415         | 257 256                |

Im Oktober 1919 war demnach die Förderung noch 3400 Tonnen niedriger als im November 1918, obwohl sich inzwischen die Belegschaft um 57400 Mann vermehrt hat. Im November wird sich die arbeitsfähige Förderung voraussichtlich auf über 260000 Tonnen stellen. (Es ist zu bemerken, daß die erste Verkürzung der Schichtzeit von 8 1/2 auf 8 Stunden am 18. November 1918 und die Herabsetzung auf 7 Stunden im Streikmonat April erfolgt ist.) Wenn auch nicht außer Acht zu lassen ist, daß im September und Oktober d. J. im Ruhrbergbau zahlreiche im Bergbaubetrieb noch unerfahrene Arbeiter eingestellt wurden, die vorläufig für die eigentliche Kohlenförderung kaum in Betracht kommen, so geht doch aus den angeführten Zahlen die Einwirkung der verkürzten Schichtzeit auf die Kohlenförderung deutlich hervor. Infolge der Besetzungssperre haben im Monat November die Lagerbestände abgenommen. Sie beliefen sich am 29. November auf 672 982 t gegen 832 600 t am 1. November.

### Festigung des französisch-englischen Bündnisses.

Paris, 9. Dez. Das „Petit Journal“ meldet, daß Clemenceau morgen nach London reisen werde, wo er mit Lloyd George und mehreren anderen Ministern zusammentreffen wird. Das Blatt bemerkt dazu, es sei selbstverständlich, daß die Bedeutung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Fragen Besprechungen unter dem Vorschlag der beiden Regierungen notwendig mache, die zum Abschluß von Übereinkommen in Bezug auf die Politik der beiden Länder führen würden.

### Amerikas Rolle im Weltkrieg.

Berlin, 9. Dez. Der „Berliner Sozialanzeiger“ entnimmt dem Dezemberheft der „Süddeutschen Monatshefte“ einen Hinweis des Herausgebers Professor Cohnmann aus Völsung Nr. 101 des großen Wertes des französischen Historikers, Madamiers und früheren Ministers des Reichs Hanriot über den Weltkrieg, wo es heißt: Als vor der Darneschlacht viele hervorragende französische Politiker einen sofortigen Frieden mit Deutschland wünschten, erschienen bei der französischen Regierung drei amerikanische Gesandte, der damalige Vorkämpfer in Paris, sein Vorgänger und sein Nachfolger, und beantworteten die Regierung, daß sie in dem sie ihr das Versprechen gaben, daß Amerika in den Krieg eingreifen sollte. „Wir sind in Amerika vorerst nur 500000 einflußreiche Leute“, sagten sie, „die den Eintritt Amerikas in den Krieg wollen, aber in einiger Zeit werden wir 100 Millionen sein.“ Eine mitten im öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten stehende amerikanische Persönlichkeit erklärte dem Professor Cohnmann kürzlich, die Summe, die aufgewandt worden sei, ein Jahr lang die Kriegsstimmung in den Vereinigten Staaten bis in die entlegensten Orte vorzubereiten, übersteige selbst für amerikanische Verhältnisse alle Begriffe.

### Deutsch-österreichisches Anschlußbegehren.

Wien, 10. Dez. Der national-sozialistische Parteitag für Deutsch-Österreich nahm eine Entschließung an, welche sich gegen eine Donauverdringung, sowie gegen die Habsburgische

leidend sein sollte und daß das Ehepaar — gleich und — ganz zurückgezogen lebte.

Dann erlucht ich von dem Tode des Mannes, ging mit zu seiner Beerdigung und sah zehn Monate später, daß die junge Frau eine neue Ehe eingegangen war.

Das war vor zwei Jahren. Vor zehn Monaten nun ist der Bruder des verstorbenen Mannes aus den Tropen zurückgekommen. Er hat dann wohl von allen Seiten so viel über das frühere Verhältnis seiner Schwägerin zu ihrem jetzigen Gatten gehört, daß ihm der Verdacht kam, sein Bruder sei seines natürlichen Todes gestorben. Er teilte seine Befürchtungen und Verdächtigungen der Staatsanwaltschaft mit.

Das Ehepaar wurde unter dem Verdacht, den Herrn Brauer durch Gift aus dem Leben gebracht zu haben, verhaftet.

„Unmöglich“, rief Walter, als der Erzähler eine Pause machte. „Aber wie kam der Mann auf diesen entsetzlichen Verdacht?“

„Scharf war sein Freund und Kamerad in den Tropen. Als er nach Berlin zurückkehrte, ging er mit einer Empfehlung des Freundes in das Brauerische Haus. Dort lernte er die Frau kennen und lieben. Daß die beiden Menschen sich liebten, ist erwiesen. Aber das Ehepaar lebte in einer katholischen Ehe, beide waren sie strenggläubige Menschen, für die es eine Scheidung nicht geben konnte. Trotzdem ist bekannt, daß die damalige Frau Brauer einmal mit ihrem recht leidenden Gatten über die Möglichkeit einer Scheidung sprach. Brauer wies das Ansuchen seiner Frau, sie freizugeben, mit Entrüstung von sich, er sagte ihr, daß er sie niemals lassen würde. Er selbst hat einem Freunde von dieser Unterredung erzählt. Ob dabei der Name des Mannes gefallen ist, um den die Frau ihre Freiheit wollte, weiß man nicht. Es ist aber kein anzunehmen, denn Scharf blieb auch nach dieser Unterredung des Ehepaares täglicher Gast im Brauerischen Hause.“

Als der jüngere Bruder des Toten nach Europa zurückkehrte, fand er seine Schwägerin als des Freundes Frau wieder. Im Wesen des Freundes ist ihm dann so

Restauration, welche den nationalen Niedergang Österreichs bedeuten würde, wandte. Es sei vielmehr im Interesse des Lebensfähigkeit Österreichs gelegen, den alsbaldigen Anschluß an Deutschland als Bundesstaat zu fordern, wobei Deutsch-Österreich selbst sich als Bundesstaat zu konstituieren hätte. Die Entschiedenheit fordert weiter die Befreiung der Abfertigung der Länder und Bezirke, sowie die rascheste Abschaffung der zentralen Wirtschaft. Schließlich wird u. a. der Wunsch nach Ausschreibung von Neuwahlen ausgesprochen.

### Kleine Nachrichten.

Berlin, 9. Dez. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung trat gestern zu einer Gesamtsitzung zusammen in der die Frage der Verbesserung der Arbeitsmethode durchgeprochen wurde. Die allgemeine Meinung ging dahin, daß die öffentlichen Vernehmungen das Wichtigste sind; daß aber eine gründliche Vorarbeit vorangehen müsse, sodas die Ausschüsse vornehmlich über solche Punkte vernehmlich zu werden brauchen, die durch die Akten und eventuelle Rückfragen noch nicht geklärt sind.

Berlin, 9. Dez. Bei der 2. Lesung des Ausführenden Gesetzes im Steuerausfluß der Nationalversammlung wurde der Steuerlag für die Zugabesteuerung auf 50% gegenüber 10% in der Regierungsvorlage festgelegt.

München, 10. Dez. Gestern vormittag begab sich eine Abordnung der Staatsregierung, der Volksvertretung u. der Presse nach Augsburg, um den Anschluß an Bayern zu besprechen. Ein entsprechender Vertrag wird dem bayerischen Landtag demnächst vorgelegt.

Darmstadt, 9. Dez. Die hessische Volkskammer hat den Entwurf der Verfassung des Volksstaates Hessen mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen. Daraufhin finden die ersten Wahlen zur Volkskammer im November 1921 statt.

Wien, 10. Dez. Gestern hat die bereits angekündigte Verabreichung eines warmen Frühstücks an die arme Bevölkerung Wiens begonnen. Um 7 Uhr früh führen die von Soldaten besetzten Köchen an verschiedenen Plätzen auf und verabreichen warme Suppe.

### Vermischtes.

Das Urteil im Prozeß Marloth. Berlin, 9. Dez. Oberlandesrat Marloth wurde von der Anklage des Zöschlages, da er lediglich befehlsgemäß gehandelt hat, freigesprochen. Er wurde aber wegen unerlaubter Entfernung zu 3 Monaten Festungshaft verurteilt, von denen 2 Monate durch die erstinstanzliche Untersuchungshaft verbüßt sind.

Eine willkommene Gabe. Eine Stadtverwaltung, die für ihre Einwohner sehr gut gesorgt hat, ist die Stadt Lützen bei Hannover. Kürzlich hatte sie alle Familien von mehr als zwei Personen aufgefordert, an einer Verlosung von Schinken, des Pfund zu 5 Mark, teilzunehmen. Es meldeten sich 14000 Familien. Die Verlosung hat nun stattgefunden und jetzt teilt die Stadtverwaltung mit, daß insgesamt 3997 Familien je nach ihrer Kopfzahl einen kleineren oder größeren Schinken erhalten werden. Die Schinken kommen in den nächsten Tagen zur Verteilung.

Ein Kard. Ein reicher Herr, der den Freuden von Jagd und Flasche sehr zugehen war und Abend für Abend angeheitert nach Hause kam, bewarb sich um die Hand einer armen, aber sehr gebildeten Dame. Sie lehnte den Antrag jedoch ab mit den Worten: Die Unbequemlichkeiten, die aus unserer Verbindung entspringen, wären zu ungleich verteilt, denn während Sie mich einmal heimführen, müßte ich Sie jeden Abend heimführen.“

### Aus Stadt und Bezirk.

Regold, den 11. Dezember 1919.

Volkshochschule. Nr. 18 (Elektrizität und Elektrotechnik) findet, wie schon in der letzten Stunde verabredet wurde, von jetzt ab Donnerstags 7 1/2—8 1/2 Uhr statt. — Mit Rücksicht auf den Vortragsvortrag von Prof. Dr. Wagner fällt Nr. 2 (Rechtshunde) heute aus.

manches aufgefalle, was den Argwohn in ihm erweckte. er forschte und fragte und ruhte nicht eher, bis er seinen Verdacht begründen konnte. Da wandte er sich an die Staatsanwaltschaft.

Ich will euch nicht mit den Einzelheiten ermüden. Das Resultat der Nachforschungen bestätigte den Verdacht. Es kam zur Verhaftung.

Nun liegt der Fall besonders kompliziert insofern, als der Verstorbenen ein ziemlicher Sonderling war, der nie mit Ärzten zu tun haben wollte.

In den ersten Jahren seines Leidens hat er bald diesen, bald jenen Arzt konsultiert, ohne sich jemals in längere Behandlung zu geben, ohne jemals Vertrauen zu einem Arzt fassen zu können. So wünschte und kurlierte er in den letzten Jahren stets allein an sich herum, brauchte bald dies, bald jenes Handmittelchen. Nun steht im Prozeß der wichtigste Zeuge.

Als er gestorben war, wurde ein Arzt geholt, der als Todesurkunde Herzblutung feststellte.

Nun ist die Leiche exhumiert worden. Man fand Spuren von Morphinum bei dem Toten. Soviel wie jetzt noch festgestellt werden konnte, ist Morphinumvergiftung wohl die Todesursache gewesen.

Jetzt aber tritt die Frage auf: Ist dem Toten das Morphinum heimlich beigebracht worden? Oder war er, wie Herr Scharf, der Angeklagte, behauptet, selbst Morphinist? Und hat, als ihm geringe Dosen nicht mehr halfen, zu größeren und verderblicheren seine Zuflucht genommen?

Die Geschwörer hatten voller Spannung zugehört. Nun fragte Walter: „Was sagt die Frau dazu?“

„Sie will nichts von einer Morphinumleidenschaft ihres Mannes, hat sie zuerst gelogt. Später aber hat sie bei allen Ausfragen wiederholt, daß ihr Gatte mancherlei Geheimnisse vor ihr hatte und daß er auch wohl Morphinist gewesen sein könnte, ohne daß sie es wußte.“

Auch ich halte dies für möglich. Jedemfalls bin ich von der Unschuld der Frau fest überzeugt.“

„Auch von der des Mannes?“ fragte Irene. „Ist es schauernd.“ (Wortkoma folgt.)



### Amtliche Bekanntmachungen.

An die Ortsschulräte.

Das Ministerium des Reichs- und Schulwesens hat mit Erlass vom 26. Novbr. 1910 Nr. 12599 auf den Antrag der Oberschulbehörden angeordnet, daß die regelmäßigen Beschäftigungen der Lehrdienstwohnungen durch den Ortsschulrat sowie die Beschäftigungen durch die Schulkammer nach § 16 der Schulkammerordnung nunmehr wieder aufzunehmen sind. Dadurch ist der gemeinsame Erlass beider Oberschulbehörden vom 23. Mai 1918 Nr. 5438 und Nr. 5884 hinfällig geworden.

Nagold, den 4. Dezember 1919.

Gemeinschaftl. Oberamt in Schalkach:  
Münz, Schott, Halber.

Oberamt Nagold.

Die Pferdeerde in Rohrbach und Untertalheim ist erloschen. Die Schutzmaßregeln werden aufgehoben.  
Den 9. Dezember 1919.

### Der Kauf einer Nähmaschine

ist Vertrauenssache. In Ihrem eigenen Interesse wenden Sie sich deshalb bei Bedarf an ein Spezialgeschäft. Dieses bietet Ihnen neben erstklassigen Fabrikaten die Gewähr, daß Sie eine Maschine erhalten, welche Ihrem Zwecke entspricht und Ihnen bei Bedarf von Ersatzteilen oder vorkommenden Störungen und Reparaturen rasch an die Hand gegangen wird.

Empfehle  
**Grignier-, Anker- u. Pöhlitz-Nähmaschinen**  
in den mannigfaltigsten und modernsten Ausführungen,  
bei billigen Preisen. Vorrat etwa 80 Stück. Kostenlose Anleitung, 15jähriges Bestehen. Besuch erwünscht.

**Jos. Kocheise**  
Maschinengeschäft und Reparaturwerkstätte  
Bittelbronn O.-A. Horb, Stat. Bittelbronn.

### Brennholz

Stockholz, Kollen, Scheit- u. Brügelholz, sowie Abfallholz  
kauft laufend gegen Kassa  
**Wilhelm Layher**  
Holzgroßhandlung  
Eibensbach Würtg.  
Post Wüglingen.

Die Kauflust des Publikums läßt sich durch Anzeigen in der Tageszeitung steigern !!

Postkarten mit Winter-Landschaften in schöner Auswahl bei  
**G. W. Zaiser,**  
Buchhandlung, Nagold.

GELD gibt an solch. Leute ed. Stand. zu pflanz. Beding. Notenzahlig.  
Sept & Co., Nürnberg 2. 483

Ein kräftiger 19-jähriger Bursche

sucht Stellung als Pferdeknecht bis 1. Jan. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle.

Gesucht ein treues, kräftiges Mädchen,

das schon gedient hat auf 1. Februar von  
**Frau Schulrat Schott.**

Möbliertes Zimmer

mit 2 Betten oder 2 möbl. Zimmer für 2 solide Herren für sofort gesucht.  
Angebote unter D. 2505 an die Geschäftsst. ds. Bl.

### Liederfranz Wildberg.



2498  
Wiederbeginn der Singstunden  
**Freitag abend 8 Uhr**  
im Sälen. Neue Lieder sind erwünscht und können sich solche im Vereins-Lokal anmelden.

**Dr. Hölzle's Krampfhustentropfen**  
sind vorrätig in den Apotheken.

**Lösungsbüchlein**  
für das Jahr 1920  
bei G. W. Zaiser, Nagold.

### Landw. Bezirksverein Nagold.

Auf die oberamtliche Bekanntmachung vom 5. v. Mis. betreffend freiwillige Abgabe von 33 Rügen, 24 tragenden Rindern und 1 Faren an den Feindbund sind bis jetzt nur wenige Anmeldungen eingelaufen.

Es werden deshalb die Landwirte und Viehhalter des Bezirks, bevor die zwangsweise Inanspruchnahme eingeleitet wird, wiederholt und dringend ersucht, freiwillige Abtretungen unverzüglich anzumelden, bei dem

**Bereinssekretär Obergeometer Gärtner, Wildberg, Nagold.**

Die Anfertigung sämtlicher vorkommenden Haararbeiten wie

**Zöpfe und Zopfsteile  
Haarein- u. -Unterlagen  
Haarketten .: Broschen  
Ringe, Bänder, Puppen-  
perücken usw.**

bringen in empfehlende Erinnerung. Zugleich empfehlen wir unsere Lager in  
**allen Toiletteartikeln, Haarwasser,  
Haaröle und Pomaden, Parfüms,  
Zahnpflegemittel usw.**

zur geneigten Abnahme.  
Hochachtungsvoll  
**Fr. Blum, Erastine Bückle, Karl Stöckel, W. Weinstein,**  
2497 Friseurgeschäfte.

### BÜCHER

### ZEITSCHRIFTEN

### MUSIKALIEN

### JEDER ART

EMPFEHLT

### G. W. ZAISER

BUCHHANDLUNG

NAGOLD.

Nagold, den 10. Dez. 1919.

### Dankfagung.

für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, die meinem lieben Vater

### Joh. Georg Stöckel

Eisenhändler



während seiner langen Krankheit und Hinscheiden zu teil wurden, für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte allen von hier und auswärts, für die vielen Kranzspenden und den ehrenvollen Gesang, sowie die tröstenden Worte des Herrn Geistlichen am Grabe spreche ich hiemit meinen herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

2499 der Sohn Adolf Stöckel.

### Vereinigung der Kriegsteilnehmer Nagold.

Infolge sehr starker Nachfrage mußten wir zu heutigem Lichtbildervortrag so viele Eintrittskarten abgeben, daß der Saal heute nicht für Alle reicht; es erfolgt daher am nächsten Samstag, 13. Dez., abends 7 1/2 Uhr, ebenfalls im Traudensaal eine

### Wiederholung des Lichtbildervortrags

von Kamerad Prof. Dr. Wagner über die Eiszeit usw. Wir bitten unsere Mitglieder, diesen 2. Vortrag zu besuchen. Für Nichtmitglieder, die heute keinen Platz mehr bekommen konnten, stehen abends am Saaleingang Karten zur Verfügung.

2506

### Sozialdemokr. Verein und Bereinigte Gewerkschaften des Bezirks Nagold.

Die Mitglieder der Allgem. Ortskrankenkasse, Männer und Frauen des Oberamtsbezirks, sowie die Arbeitgeber laden wir zu einem Vortrag von Herrn Verwaltungsrat Benz über  
**die Einführung der Familienhilfe  
bei der Ortskrankenkasse**

auf Sonntag, den 14. Dezbr., nachm. 3 Uhr, in den Saal des Gasthofs zum „Löwen“ in Nagold hiermit ein.

Die Wichtigkeit des Gegenstandes, insbesondere für die verheirateten Kassenmitglieder, erfordert recht zahlreiches Erscheinen.

Nagold, 10. Dez. 1919. Im Auftrag:  
Bezirksleiter J. J.

### Für die Weihnachtszeit

empfehlen wir

**Zimmt, Nelken, Eigelb, Piemont,  
Anis, Fenchel, Hirschhornsalz,  
Pottasche, am. Honig, Citronen,  
Backpulver, Vanillezucker, Eiersatz,  
Milchpulver, Feigen, Rosinen,  
Korinthen, Sultaninen, Mandeln**

ferner:

**Weihnachtskerzen und Christbaumschmuck  
passende Geschenkartikel.**

### Löwen-Drogerie

Gebr. Benz

2503

Nagold, Telefon 122.

Anmerkung: Nächsten Sonntag ist unser Geschäft geschlossen.